

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Clearung durch die Austräger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Btg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg. Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Dienstag, den 24. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Der Niedergang des Bürgertums.

Dr. L. Lübeck, 24. Januar.

Ueber dieses Thema, mit besonderer Berücksichtigung der lübschen Verhältnisse, veröffentlichte unser Hundtenhorst-Mitarbeiter am 29. Dezember einen Aufsatz, der im hiesigen Bürgertum einiges Aufsehen erregte. In den verschiedenen bürgerlichen Blättern erschienen Gegnerstimmen, die in ihrer geistigen und sachlichen Armseligkeit all das bestätigten, was Hundtenhorst ausführlich dargestellt hatte.

Was z. B. ein gewisser Dr. Bentzin in den „Lübecker Neuesten Nachrichten“ schrieb, traf so wenig die Sache, verlor sich so in abwegigen Behauptungen, daß es im Interesse des Bürgertums besser heute noch im Kopfe des Schreibers harmlos schlummerte. Man schenke uns eine Antwort auf den Hinweis, daß einzelne sozialdemokratische Führer nicht einmal plattdeutsch sprechen. In jeder Provinz Deutschlands redet man eine andere Umgangssprache. Soll deswegen jeder Deutsche zwischen seinen vier Wänden sitzen bleiben? („Was ist des Deutschen Vaterland?“) Und an die ollen Kamellen vom sozialdemokratischen Terror, der allein die Arbeiter bei der Fahne des Sozialismus halten soll, glaubt Dr. Bentzin selbst nicht; sonst wäre es höchste Zeit für ihn, daß er das volksparteiliche Parteisekretariat mit einem geistig weniger aufregenden Aufenthaltsraum vertauschte. Selbst der berühmte Flaggen-Müller, der als Kampferprobier Genosse aufmarschieren muß, wird ihm das bestätigen.

Beachtenswert war nur der Artikel in Nr. 3 der „Lübecker Blätter“. Hundtenhorst hat selbst darauf geantwortet; eine ausführliche Würdigung ist also nicht mehr nötig. Nur auf einen Punkt möchten wir hier zurückkommen, den der bürgerliche Artikelschreiber selbst hervorhebt. Er glaubt, unserem Mitarbeiter „fehlt die Fähigkeit, sich in die seelische Stimmung bürgerlicher Kreise zu versenken.“ Ob das wirklich der Fall ist, wissen wir nicht. Eines aber wissen wir: Daß das Urteil noch viel vernichtender und trostloser für die Herren vom ererbten Besitz ausgefallen wäre, wenn es sich auf eine Schilderung des nachrevolutionären bürgerlichen Gemüts eingelassen hätte. Einiges davon soll hier nachgeholt werden.

Der hervorsteckendste Zug in der Stimmung des quäntuierten Bürgers ist der, daß ihm und seinen Kindern in der Revolution ein großes persönliches Unrecht geschehen sei. Darüber ist er auf das tiefste beleidigt; und seine Beziehung zur Politik drückt sich in dem einzigen großen Streben aus, möglichst oft seiner inneren Empörung über dieses Unrecht Luft zu machen. Daß das ein sehr hohes Streben ist, kann man gerade nicht sagen; aber es genügt zur Befriedigung des politischen Ehrgeizes besserer Kreise. Und es ist sogar verständlich.

Man denke nach. Vor dem Kriege brauchte sich der Bürgersohn sozusagen nur die Mühe geben, geboren zu werden, um an der schönen Schwelle eines bequemen und erfolgreichen Daseins zu stehen. In gerader Linie führte ihn sein Lebensweg über gut besetzte Frühstückstische und kleine Abenteuer durch das Gymnasium und die Universität in außerordentlich angenehme Renten oder doch mindestens in sehr einträgliche Teilhaberstellen. Je nach dem Umfang des Geburtshauses war das Wiegenlied seiner Zukunft auf das Offizierspatent, einen Senatorenposten oder etwas dergleichen abgestimmt. Bitte, war das nicht das gute Recht der Leute von besserer Herkunft?

Damit alles gut gelang, war neben der Geburt allerdings noch etwas nötig: Geld im Beutel. Dieses alles aber hatte zur Voraussetzung, daß die Arbeiter zufrieden, anspruchslos und faulertreu waren. Daß sie treu und arbeitsam den braven Untertanen spielten, damit ihre Herren sich in Besitz von Geld und Würden so richtig wohl fühlen konnten. Man war ja auch aus einer altangeesehenen Familie!

Dieser Zustand war für das Bürgertum ohne Zweifel sehr reizvoll; aber er barg in sich auch eine Gefahr für seine Ausnießer. Das beinahe völlige Fehlen des Daseinstampfes mußte auf die Dauer weite Kreise der großbürgerlichen Gesellschaft entnerven; mußte ein tatunfähiges, halbträges Geniebertum schaffen. Der Krieg hat mit rücksichtsloser Offenheit diese Entwicklung aufgedeckt. Wer viel mit bürgerlichen Gestalten zu tun hatte, der kann ein Lied davon singen. Traurige Unfähigkeit im Ertragen von Entbehrungen; dazu Hilflosigkeit und Angst um das schöne Leben; schließlich Verschwinden in die Etappe, wo dann das bekannte Leben einsetzte. Die Drückerberei in der Heimat vervollständigte das Bild. Nur Arbeiter und Kleinbauern ertrugen längere Zeit den Schützengraben.

Trotzdem fühlte das Bürgertum sich berufen, das Erbe des großen Sieges anzutreten. Trotzdem verteilte man unter sich die Siegesbeute, die reichlichen Geschäfte, Renten und Würden im „größeren Deutschland“. Und man hatte darauf ja auch den selbstverständlichen Anspruch des Menschen aus guter Familie!

In diesen Geisteszustand plakte der große Zusammenbruch, und dann die Revolution. Eine ungeheure Enttäuschung breitete ihre schweren Schwingen über die vorher so kühn ins Kraut geschossenen Zukunftspläne. Und als dann die Arbeiterschaft endgültig aufräumte mit dem alten Plunder; als sie einen neuen Wind in das Gefüge des Reiches blies, da zerfielen auch die letzten vornehmen Hoffnungen zu Staub. Darob große Wut bei den bisher so Bevorrechteten; jeder einzelne fühlte sich persönlich zurückgesetzt. Nicht das trostlose Schicksal des ganzen Volkes, sondern was er als einzelner verloren hatte, das peitschte seinen Haß auf. Und dieser Haß richtete sich vornehmlich gegen die Revolution, gegen die Sozialdemokratie und gegen die Republik. Wohlverstanden, es handelt sich nicht etwa um die politische Bekämpfung der neuen Volksherrschaft, sondern um einen persönlichen Haß, der das öffentliche Leben vergiftet, der sich auch hauptsächlich in persönlichen Beschimpfungen der Gegner zeigt. Hier liegt der Beweggrund für die ungeheure Heße, die Erzberger, Gareis und vielen anderen das Leben kostete, und die Ebert, Scheidemann und viele andere Arbeiterführer mit einer Wolke von Schmutz und Stank umgibt. Ist es vielleicht nicht beschämend für die sogenannte bessere Gesellschaft, daß eines der beliebtesten Tischgespräche die vermeintliche gesellschaftliche Ungewandtheit der Frau Ebert, oder der Frau anderer sozialdemokratischer Führer ist?

Und der Schreiber des Artikels in den „Lübecker Blättern“ beweist auf Schritt und Tritt, daß dieser Geist auch sein Geist ist. Daß er ebenso in der persönlichen Verbildung befangen und beswungen zu jedem sachlichen Urteil über seine Gleichen und über andere unfähig ist. Man höre, welche altpersönlichen und plumpen Sätze er niederschreibt: „Beispiellos war der Zusammenbruch, beispiellos auch die Gewissenlosigkeit, mit der im Reiche die neuen Führer vorgingen. Scheidemanns Hand verdorrte nicht, der Schandfriebe wurde unterzeichnet. Der betriebssame Schulmeister aus Buttenhausen, dem wohl niemals der Sturmwind der Weltwirtschaft um die Ohren gepfiffen hatte, verkehrte zum maßlosen Erstauern unserer Feinde selbst die geleimte Handelsflotte wie die Kriegsflotte, als wäre sie ein Butterbrot.“

Wir erinnern uns, vor zwei Jahren diese Sätze fast wörtlich aus dem Munde eines halbsemiten Barons in Hinterpommern gehört zu haben. Sie gehören, ebenso wie die persönliche Beschimpfung der republikanischen Führer, zum stehenden Sprachschatz in Salons und bei Soupers. Beschämend, daß ein Publizist in sachlicher Polemik darauf zurückgreift.

Doch wir müssen dem bürgerlichen Denker weiter folgen; er tritt nämlich seit Monaten in ein neues Stadium. Bisher hatte man, wie beschrieben, mit billigen Wiken und mit dem Geschimpf einen Wall um sich gebaut, der das bürgerliche Denken vor jedem Hauch proletarischen Empfindens schützen sollte und auch schützte. Man schaute alle Draußenstehenden nicht als vollwertig an, und man hoffte im stillen, daß das Volk eines Tages unter dem Zwange der Verhältnisse sich der bürgerlichen Geistesbildung wieder unterwerfen müßte. Da aber kam eine fürchterliche Erkenntnis.

Draußen, außerhalb des schönen Walles, auf der Seite des Volkes, tauchten immer mehr Männer auf, die an Geistesbildung dem alten Bürgertum nichts nachließen; die imstande waren, ihm überall und auf jedem Gebiete die Stirn zu bieten. Auf diese, die ja als Akademiker und dergleichen auf die Seite des Bürgertums gehören, wie dieses glaubte, sammelt sich jetzt der ganze Haß. Man beschimpft sie, man läßt an ihnen kein gutes Haar, man ermordet sie. Sollte es vielleicht ein Zufall sein, daß alle ermordeten Republikaner von Liebknecht über Gareis zu Erzberger Akademiker waren?

So ist nun folgender Zustand eingetreten: Der persönliche Haß des besseren Mannes gegen Revolution und Sozialdemokratie sammelt sich über den Köpfen einzelner Führer, und schafft da die Luft, die zu Gewalttaten und Morden führt. Das Merkwürdige dabei ist aber, daß man auf bürgerlicher Seite absolut unfähig ist, diesen Zusammenhang zu begreifen. Man ist so sehr befangen in der Blindheit des persönlichen Gefänktheins, daß man für die Wirklichkeit, für die Gerechtigkeit weder Augen noch Ohren hat.

Das aber ist das Schlimmste, für das Bürgertum selbst meinen wir. Es ist nicht mehr imstande, mit der Wirklichkeit den Kampf anzunehmen; es ist nicht mehr fähig, in der heutigen anderen Zeit anders zu denken. Es ist dazu zu alt, zu selbstüchtig, faul und zu müde. Es hätte dem ganzen Volk und sich selbst dann nützen können, wenn es sich entschlossen den neuen Zuständen angepaßt und an ihnen mitgearbeitet hätte. Es war dazu unfähig; es rückwärts gewandtem Geist liegt es wiederkehrend auf altem und neuem Profil. Der Arbeiter aber ruht nicht; er schreitet vorwärts, er muß vorwärts. Und er wird über das Bürgertum hinweg schreiten müssen, es weit hinter sich lassend. Das Bürgertum hat es nicht anders gewollt; sein Niedergang ist selbstverschuldet; sein Untergang ist besiegelt und unabwendbar.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung.

Montag, 23. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Zum Schriftführer an Stelle des Abgeordneten Dr. Pfeiffer (3.), der als Geandter nach Wien gegangen ist, wird Frau Teuch-Köln gewählt. — Dem Reichstag vorgelegt ist das Schreiben des italienischen Botschafters, durch das die deutsche Regierung zur Wirtschafis- und Finanzkonferenz nach Genua eingeladen wird.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, wonach Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken abgeschlossen werden dürfen, die Depots oder Depostengeschäfte geschäftsmäßig betreiben dürfen, oder wenn von der Handelskammer eine Entscheidung darüber erteilt ist, daß ihr Gewerbetreibende Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln regelmäßig mit sich bringt.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung unverändert nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Das Reichsschulgesetz.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Nach § 1 dieses Gesetzes sind Gemeinschaftsschulen die Volksschulen, soweit sie nicht Bekenntnis- oder bekenntnisfreie Schulen heißen oder werden. Die bekenntnisfreien Schulen sind entweder weltliche Schulen oder Volksschulungsschulen. Die Gemeinschaftsschule steht nach § 2 grundsätzlich allen Schülern offen. Der Religionsunterricht ist im Sinne des Artikels 149 Absatz 1 der Reichsverfassung außerordentliches Lehrfach nach näheren Bestimmungen des Landesrechtes. Die Bekenntnisschule dient grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern eines bestimmten Bekenntnisses, jedoch können nach näherer Bestimmung des Landesrechtes auch andere Schüler aufgenommen werden oder ihnen sonst lehrplanmäßiger Religionsunterricht erteilt werden. Nach § 4 sind Bekenntnisschulen solche Schulen, die Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149 Absatz 1 der Reichsverfassung nicht erteilen.

Staatssekretär Schulz: Die Vorlage ist nach großen inneren und äußeren Schwierigkeiten zustande gekommen. Sie ist eine Folge des Weimarer Schulkompromisses. Die Zurückziehung des Gesetzentwurfes würde die Lösung der schwierigen Frage ins Unabsehbare verzögern. Die Verabschiedung des Gesetzes drängt außerordentlich. Durch das Volk geht eine große Erregung wegen dieser Frage. Schulkreise kreuzen bald hier bald dort aus. Der vorliegende Entwurf will gerade eine Ausführung des Weimarer Schulkompromisses sein. Das Gesetz ist aber auch eine letzte Durchführung des Schulkompromisses. Nach der Revolution war eine Einigung der beiden maßgebenden Parteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, über Schul- und Kulturfragen nötig, wenn wir nicht in unheilvolle Wirrungen geraten wollten. Das Elterntrecht darf nicht autonom sein, darf nicht den Staatsgedanken aufheben, nicht pädagogisch und schulpflichtig die Tätigkeit der Schule aufheben. Die soziale Einheitschule ist nicht die nationale, nicht die Weltanschauungsschule, aber alles dieses erscheint mir in absehbarer Zeit in Deutschland nicht möglich. Die deutsche Schule muß imstande sein, die Kinder geistig und körperlich zu vollentwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. Diese beiden Forderungen können sowohl durch eine bekenntnisfreie, als durch eine Bekenntnisschule erreicht werden.

Hellmann (SP.): Namens meiner Partei habe ich zu erklären, daß mir diesem Gesetz mit großem Unbehagen gegenüberstehen. Das Weimarer Schulkompromiß ist von uns geschlossen worden unter dem größten Zwang. Das jetzt vorliegende Gesetz gibt sich als Ausführungsmaßnahme zu dem eigentlichen Zentralartikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung. Es hat aber auffallende Erregung und Enttäuschung hervorgerufen, weil es vom Sinn der demokratischen Verfassung abweicht. Die Paragraphen und noch mehr ihre Bearbeitung sind voll von Unhöflichkeit und Ungezogenheit für den, der versucht, auf diesem Boden weiter zu kommen; und für die Erfahrungen des arbeitenden Volkes einzutreten. Zugunsten des Gesetzes kann man sagen: der notwendige Schritt ist getan, um die weltliche Schule voranzutreiben, die nach unserer Auffassung die einzige wirkliche Gemeinschaftsschule ist. Im Gesetzentwurf erscheint sie nur negativ, gesagt wird nur, daß sie eine religionslose Schule ist, aber nicht mehr. Und in den darauf folgenden Paragraphen werden die Bestimmungen des § 1 erheblich eingeschränkt. Für uns ist die Schule nicht mehr eine Hilfsanstalt der Pädagogik, noch eine kirchliche Anstalt. Für uns ist der Befehl aller Erziehung die Volksgemeinschaft. Vertreter der Volksgemeinschaft aber ist der Staat, und so ist der Staat in Wirklichkeit der einzige, alleinige Schulherr. Daraus folgt aber, daß unter demokratischer Arbeit zu einer weltlichen Schule kommen muß, die versucht, das Kind in die Natur und in die Kultur einzuführen, und zur Selbstverwirklichung und Ehrfurcht zu erziehen. Welche Kreise in Deutschland fordern allerdings die Konfessionsschule. Wenn wir uns von der Kirche trennen, so ist das nicht ein Akt der Feindschaft, sondern es ist das Lösung einer Frage, die in der Geschichte so viel Unheil gebracht hat. Die ganze moderne Schulentwicklung läuft auf die weltliche Schule hinaus. Mit der Volksschulungsschule des Gesetzentwurfes ist nichts anzufangen. Sie beruht auf einer Mißdeutung der Verfassung. Die Bekenntnisschule des Gesetzentwurfes ist nur eine Verschärfung der alten Konfessionsschule. Das Gesetz verliert offensichtlich den Sinn der Reichsverfassung. Von einer Zurückziehung des Gesetzentwurfes ver sprechen wir uns nichts. Wir beantragen daher, ihn dem Reichstag für Volksschulung zu überweisen, weil wir uns davon eine schnellere Regelung versprechen. (Lebhafte Beifall bei den SP.)

Rheinländer (3.): Wir halten nicht viel von einer äußerlichen Einheit im Schulwesen, die Hauptfrage ist die In-

stige Einheit. Wir wollen einen deutschen, gottesfürchtigen Menschen erziehen, der sein Land liebt und darüber hinaus alle Menschen als seine Brüder anerkennt. Wir halten an dem alten Grundgesetz fest, daß nur auf dem Boden der Freiheit für alle die großen Probleme gelöst werden können. Wir sind nicht für ein bloßes Anhängen des Religionsunterrichts, wir wollen, daß der Religionsunterricht im Mittelpunkt steht. Das Elternrecht ist kein bloßes Staatsrecht, sondern ein Gemeinrecht. Das ist zu bedenken, weil ja viele Deutsche aus Polen, Rußland und Böhmen nach Deutschland auswandern, die sich ihr Elternrecht nicht nehmen lassen werden. Auf dem Gebiet des Schulwesens muß auch die Eigenart der deutschen Stämme Berücksichtigung finden. Wir wollen reichsrechtliche Festlegung der Zahl der Religionsstunden. Wir wollen in allen Fragen des Religionsunterrichts Stellungnahme des Staates mit den Kirchenbehörden, und endlich Klärung des kirchlichen Bistumsrechtes, damit nicht wieder eine Landesregierung einem Bischof die Lüre zur Schule zuschreibt. Die Rekennisschule ist organisch aus dem Schulwesen herauszuwickeln. In ihr muß der Lehrer als Persönlichkeit sein Wortes reden, ohne dabei zu stehen. Wir wollen keinen großen Schulbetrieb. Die Landlehrer lassen darüber, wenn sie hören, daß die einflussreiche Schule nicht notwendig ist. Nicht Misere, sondern Charakterbildung braucht unsere Zeit. Höher als alle schönen Theorien steht die Gemeinlichkeit. Wir lehnen den Entwurf, obwohl vieles an ihm uns nicht gefällt, nicht ab. Wir bitten um Ueberweisung an den A. Aussch.

Mum (D.M.P.): Wir stimmen der Ueberweisung an den Aussch. zu. Wir haben schwere Bedenken, dennoch erscheint uns das Gesetz als brauchbare Grundlage. Die Rekennisschule ist der Simultanschule vorzuziehen. Auch für die Volksschule müssen wir freie Bahn. Die verschiedenen Schularten sollen zeigen, was sie können.

Dr. Kunkel (D.M.P.): Der Gesetzentwurf der Regierung ist gerade von den Regierungsparlamenten, Zentrum und Sozialdemokratie, am schärfsten kritisiert worden. Verfassungswidrig ist der § 15 des Entwurfs, der die Simultanschule abbauen will. Die Lehrerschaft hat eine falsche Stellung eingenommen. Sie bekämpft die Rekennisschule, weil sie den geistlichen Schulunterricht befürwortet.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 1 Uhr: Aussprache, Weiterberatung. — Schluß 6 Uhr.

Der neueste Stand der Besoldungsfrage.

Von Th. Kober.

S. A. K. Die im Laufe der Zeit in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe bieten dem Leser nur sehr schwer eine allgemeine Uebersicht über den augenblicklichen Stand. Nur zu oft werden die Lohn- und Gehaltsbewegungen und ihre Ergebnisse je nach der politischen Färbung der Presse zu einer Stimmungsmache benutzt. Darunter leidet natürlich die objektive Berichterstattung und so kommt es, daß die der Bewegung fernstehenden Zeitungsleser sich kein Bild von dem Stande der Besoldungsverhältnisse des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe machen können. Ja selbst unter den von der Bewegung Betroffenen entsteht dadurch die größte Verwirrung, die sich dann in übereilten Streikbeschlüssen, mindestens aber in einem sogenannten Ultimatum kundgibt. Die in den letzten Tagen der Öffentlichkeit übermittelten Streikandrohungen sind dafür der beste Beweis. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, in aller Kürze einmal festzustellen, wie sich die Einkommensverhältnisse augenblicklich gestalten.

Für die Lohnempfänger gelten Lohnstarifverträge, die durchweg im Jahre 1921 abgeschlossen wurden und inzwischen ohne besondere Kündigung mehreren Lohnveränderungen unterworfen waren.

Die Beamten erhalten ihre Bezüge auf Grund des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920, das seit dieser Zeit ebenfalls wiederholt geändert wurde.

Das gesamte Personal wird unter Berücksichtigung der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse in 5 Ortsklassen eingeteilt mit der Maßgabe, daß für die Beamten in der Ortsklasse E bei dem niedrigsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe I) jährlich 1200 Mark und in der Ortsklasse A bei dem höchsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe XIII) 8000 Mark Ortszulage in Betracht kommen. Aus diesen Unterschieden erklärt sich auch das Streben der Beamten der vier untersten Ortsklassen nach Höherstellung. Der mit den Beamtenlagen weniger Vertraute kann sich kaum eine Vorstellung machen von den Kämpfen um das neue Ortsklassengesetz, das am 1. März 1922 die endgültige Fassung erhalten wird. Beamte der Orte, die jetzt noch höher gestuft werden, erhalten dann eine Nachzahlung des Differenzbetrages für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. März 1922, also für rund 2 Jahre.

Eisenbahn- und Postverwaltung haben jetzt mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 das für die Beamten geltende Ortsklassengesetz auf die unter die Lohnstarife fallenden Lohnempfänger übertragen. Damit wird eine wesentliche Beruhigung in den Kreisen der letzteren eintreten, wird doch endlich eine gleichmäßige Behandlung in den einzelnen Orten herbeigeführt. Die Lohnspannung zwischen der höchsten und niedrigsten Ortsklasse für die Lohnempfänger beträgt 1,80 Mk. pro Stunde. Die für einzelne teure Orte in Bezügen der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Uebererstattungszuschüsse in Höhe von 1,10 bis 1,40 Mk. pro Stunde vergrößern allerdings die Spannung noch ganz erheblich. Trotzdem soll das System der Uebererstattungszuschüsse bei den am 23. Januar beginnenden Verhandlungen wesentlich ausgebaut und damit eine Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die vielfach bedeutend höheren Löhne der Privatbeiter erreicht werden. Auch die Frage, welche Lohnempfänger außer den Eisenbahnern Uebererstattungszuschüsse erhalten sollen und ob das System für die Beamten anwendbar ist, steht mit zur Debatte.

Die eigentlichen Strassenlöhne der Reichsarbeiter sind außer nach Ortsklassen noch nach dem Lebensalter und der Qualität abgestuft. Für männliche Arbeiter kommen 7 Lohngruppen in Betracht, wobei der 15 Jahre alte Arbeiter in der Ortsklasse A und Lohngruppe I auf 7,65 Mk., der 24 Jahre alte auf 9,65 Mk., in Lohngruppe VII dagegen der erstere auf 6,65, der letztere auf 8,45 Mk. kommt. Dazu wird eine Kinderzulage von 80 Pf. pro Stunde und Kind gezahlt. In zahlreichen Eisenbahnbetrieben erhöht sich der Stundenlohn noch um einen Gebührensbeitrag, dessen Höhe sehr verschieden ist. Sie schwankt zwischen 10 und 30 Prozent.

Am kein Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß in den genannten Lohnsätzen die Teuerungszulage bereits eingerechnet ist und daß es sich um den neuesten Stand ab 1. Januar 1922 handelt. Nach der Auffassung der Regierung beträgt diese Lohnhöhe schon die im Februar zu erwartende Preissteigerung.

Das Grundgehalt der Beamten beginnt in der Besoldungsgruppe I mit 700 Mk. pro Jahr und steigt in 16 Jahren auf 12.000 Mk. Dazu kommt ein Ortszuschlag von 200 bis 2000 Mark im Jahresgehalt und 1500 bis 4000 Mark im Endgehalt.

Zu Grundgehalt und Ortszuschlag gesellt sich ein Teuerungszuschlag von 40 Proz. für die ersten 10.000 Mark Diensteinkommen und 20 Proz. für den Rest. Je nach der Beamtenqualität bewegen sich Grundgehälter, Orts- bzw. Teuerungszuschläge in 13 Besoldungsgruppen und teilweise als Einzelgehälter in aufsteigender Linie.

Für die Diätäre gilt eine Diätenordnung. Die darin enthaltenen verhältnismäßig niedrigen Diätensätze werden aber durch Ausgleichszulagen in der Weise erhöht, daß ein Diätar im ersten und zweiten Diätariendienstjahr je 95 und im dritten 98 Prozent der Bezüge des planmäßigen Beamten seiner Gruppe erhält.

Schlieflich sei noch erwähnt, daß den Beamten Kinderzulagen gewährt werden, die pro Kind bis zum 6. Lebensjahre 2100 Mk., bis zum 14. 2880 Mk. und bis zum 21. 3000 Mk. jährliches Mehreinkommen ergeben.

Der Reichstag hat gestern den 4. Nachtrag zum Etat für 1921 angenommen und damit die mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vereinbarte Gehaltsverbesserung sanktioniert. Wie schon bekannt, sind in den vorstehenden Lohn- und Gehaltsätzen die Neuregelungen bereits berücksichtigt. Wesentlich ist, daß die Regierung dem Reichstag versprochen hat, sobald wie möglich in eine Erörterung über alle aktuellen Beamtenfragen: Grundgehaltssätze, gleitende Skala usw. einzutreten. Damit ist die Möglichkeit noch immer offen, endlich zu einer Regelung zu kommen, die den berechtigten Wünschen des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe entspricht.

Die erste Note Poincares an England.

Paris, 24. Januar.

Die erste Note der neuen französischen Regierung an die englische Regierung, in der zunächst eine Darlegung der historischen Vorläufe, die zu den Verhandlungen über das französisch-englische Garantienkommen geführt haben, enthalten ist, entwickelt den französischen Standpunkt und die Abänderungen, die Poincare an dem veröffentlichten Projekt wünscht. Die Frage der Konferenz von Genua ist nicht behandelt worden.

Deutschland und Rußlands Wiederaufbau.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete Reichskanzler Dr. Wirth eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß Deutschland den baldigsten Wiederaufbau Rußlands wünsche. Auch wünschliche Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei bereit, mit anderen Interessenten gemeinsam zu operieren, im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenaustausch kam trotz der naturlichermaßen verchiedenen Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf Las dringendste zu erziehen sei. In der Diskussion sprachen bisher die Abg. Gotheim (Dem.), Wels (Soz.), Stöcker (Komm.), v. Rheinbaben (D. Sp.), Dr. Hortsch (Nat.), Dittmann (U. Soz.), Dornburg (Dem.), Bernstein (Soz.).

Ministerialdirektor v. Malzahn, der Leiter der russischen Abteilung im Auswärtigen Amt, antwortete in eingehenden Darlegungen den Rednern. Den Vorsitz führte der Abg. Müller-Franken (Soz.), in Vertretung für den erkrankten Abg. Dr. Grejmann (D. Sp.).

Die Landtagswahlen in Braunschweig.

Starker Zuwachs der SPD.

Am Sonntag fanden in Braunschweig die Neuwahlen zum Landtag statt, nachdem die versammlungsbefähigte Landesversammlung nach Ablauf der Wahlzeit ihre Auflösung beschlossen hatte. Die Landesversammlung hatte bekanntlich eine sozialistische Mehrheit (Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten) von 32 Mandaten gegenüber 28 bürgerlichen. Das endgültige Wahlergebnis liegt heute noch nicht vor. Doch gewähren die bisher eingetroffenen Meldungen schon ein Bild über die zukünftige Zusammenlegung des Landtages. Nach amtlichen Zählungen haben erhalten:

Landeswahlverband (vereinigte Reichsparteien, Wesen und Zentrum)	80 406 Reichstagswahl 1920	107 533
Demokraten	28 110 Reichstagswahl 1920	18 500
Sozialdemokraten	51 562 Reichstagswahl 1920	30 562
USP	68 215 Reichstagswahl 1920	108 181
SPD	10 131 Reichstagswahl 1920	1 800

Das bedeutet also, daß die bürgerliche Stimmenzahl nur um rund 5000 niedriger ist, als die Zahl aller Arbeiterparteien. Da noch einige kleinere Orte ausbleiben, kann also die Differenz noch verringert werden. Man muß daher damit rechnen, daß der zukünftige Landtag Stimmgleichheit aufweisen wird, soweit der Bürgerblock gegen die Sozialisten aufmarschiert.

Lübener Bürgerschaft.

L. Lübeck, 23. Januar.

Wortführer G. Ehlers. Beginn 6.20 Uhr. Der Senat erklärt, nach Rücksprache mit der Krankenhausverwaltung nicht in der Lage zu sein, dem Ersuchen der Bürgerschaft zu entsprechen und die Besuchszeit im Allgemeinen Krankenhaus für Kranke 2. Klasse auf drei Tage auszuweiden. — Weiter gibt der Senat bekannt, daß bei Anmeldung von Schülern die Vorlegung eines Geburtscheines genüge und ein Taufschein in diesem Falle nicht verlangt werden dürfe. Danach sei in den letzten Jahren auch verfahren worden.

1. Antrag: Verlängerung des Ufereisles am Ringhafen. — Nicht angenommen.
2. Antrag: Erweiterung der Siedlungen in Karlshof und an der Gärtnerstraße. — Waudke (Dem.) bringt eine Beschwärde der Siedler von Karlshof vor, deren Postland abgenommen worden sei. Er ersucht, den Siedlern Erstattungen zu verschaffen. — Dinter (Komm.) weist auf die keine notwendigen hohen Staatszuschüsse für Siedlungsarbeiten hin, und befürwortet den Wohnzuzug nach für den Mittelstand. Es müßten Reihenhäuser erbaut werden. Bauhand an ausgehenden Straßen sei vorhanden. Im laufenden Jahre müßten ernstliche Maßnahmen zur Befreiung der Wohnzuzug getroffen werden. Redner stellt den Antrag, einen fünftägigen Ausschuss zur Prüfung des Bau- und Wohnzuzuges zu wählen, der die Fragen zu prüfen habe. — Dr. Gebhard (Soz.) stellt einen Antrag, den Vertrag für die am Schellbeck dem Landwirt Bede überlassene Landfläche zu

Der Kampf um die Steuern.

SPD. Berlin, 23. Januar. (Drahtbericht).

Die Verhandlungen über das Steuerproblem wurden im Laufe des Monats fortgesetzt. Bis zum Montagabend waren sich die Regierungsparteien noch nicht näher gekommen, da sowohl das Zentrum wie auch die Sozialdemokratie auf ihrem Standpunkt beharrten. Die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion, die am Montag nachmittags abermals zur Beratung der Steuerfrage zusammengetreten war, forderte nach wie vor eine Herabsetzung des Reichtums, und zwar in Form einer von der Industrie und der Landwirtschaft zu veranlassenden Zwangsanleihe, die als Vorläufer der Erbschaftsteuer der Schwere zu gelten hätte. Ferner verlangt unsere Partei die Besteuerung des landwirtschaftlichen Reichtums nach dem gemeinen Wert.

Am Montag um 6 Uhr traten die Koalitionsparteien im Beisein der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zur Beratung des Steuerkomplexes zusammen; um 9 Uhr tagte dann wieder die sozialdemokratische Fraktion, um zu dem Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen Stellung zu nehmen. Von der durch bürgerliche Blätter wiederholt angeklagten Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition kann nach Ansicht der Regierungskoalition durchaus keine Rede sein.

Die Börse.

Berlin, 23. Januar.

Am Wochenbeginn zeigt der Devisenmarkt wiederum sehr feste Tendenz. Die Spekulation sah die Rede Lloyd Georges so an, daß England hinsichtlich einer Ermäßigung der Reparationszahlungen keinen Druck auf Frankreich mehr ausüben werde. Ferner bewirkten bedeutende Devisenkäufe der Industrie und des Großhandels bei der letzten Materialknappheit ein kräftiges Ansteigen der Kurse. Amstich notierten Kabel: New York 204 25; London 862 1/2; Holland 7435. An der Effektenbörse hielten sich die Umsätze in engen Grenzen, ancheinend hält das Publikum mit seinen Aufträgen im Hinblick auf die Unklarheit der innerpolitischen Lage und in Befürchtung einer Franks-Anleihe zurück.

Zur Förderung des Wohnungsbaues.

Vom Reichsarbeitsminister wird uns geschrieben: Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabengesetz vom 26. 6. 1921 zugegangen, das bekanntlich zur Deckung der Bankkosten beihilfen eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. der Friedensmietwerte der vor dem 1. 7. 1918 fertig gestellten Gebäude aller Art vorsieht. Hiervon sind 5 v. H. für die Länder und 5 v. H. für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem Entwurf sollen diese Sätze für Land und Gemeinden auf je 25 v. H. erhöht werden, jedoch der Gesamttrag 50 v. H. der Friedensmietwerte betragen soll. Die zu erwartende Mehreinnahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist mindestens erforderlich, um ein — selbst bestehendes — Bauprogramm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukostenzuschüsse sollen wie im Vorjahr möglichst durch Anleihen aufgebracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was um Anleihedienst nicht gebracht wird, soll zum Heben zur Gewährung von Baukosten beihilfen Verwendung finden.

Der Eisenbahnerstreik in Dresden beendet.

Die Verweigerung der Anerkennung des Streiks durch den Hauptverband der Deutschen Eisenbahnerverbände und der Hinweis darauf, daß der Streik die außenpolitischen Verhandlungen mit der Regierung unangünstig beeinflussen würde, führte zu dem Beschlusse der Streikenden, den Streik abzubrechen und heute früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen. Der Zugverkehr von Berlin nach Dresden war bereits vorgeritten Sonntag wieder lahrplanmäßig. Von Dresden nach Berlin verkehrten dagegen nur die aus Deutschlandereich und der Tschechoslowakei kommenden Schnellzüge. Heute ist der Personen- wie der Güterverkehr zwischen Dresden und Berlin wieder normal.

Der Hauptbahnhof in Dresden wurde Sonntagabend von der Schwere belegt und abgeperrt. Nur einer der fünf Eingänge blieb offen. Die Fernzüge, meist Durchgangszüge, wurden abgeleitet. Die Berliner Züge sind in Dresden angekommen. Angeblich sind einige Militärlieferer der Streikleitung verhaftet worden. Die Streikenden hätten gewaltsam die Ausfahrt der Lokomotiven aus den Heizhäusern verhindert und auf der Strecke Dresden-Freital die Uebergangswächter von ihren Posten entfernt. Der Güterverkehr ist vollständig unterbrochen. Von 13.000 Arbeitern bejanden sich etwa 8000 im Streik.

Aus Dresden wird uns berichtet: Der Streik ist im Abflauen begriffen. Die Arbeit im Dresden-Neustadt wurde weder aufgenommen. Auch auf Dresden-Hauptbahnhof wird seit gestern morgen wieder gearbeitet.

umgestaltet, damit die Siedler nicht geschädigt werden. Im übrigen unterstützt der Redner die Ausführungen des Vorredners, bauliche Gelände zu erschließen und Staatszuschüsse auch für Reihenhäuser zu bewilligen. — Baudirektor Balke erklart, die Anregungen betr. des Geländes in Karlshof an die maßgebenden Stellen weitergeben zu wollen. Die Darlehen für Siedlerbauten seien bereits von 25.000 auf 33.000 Mark erhöht worden. Verhandlungen wegen eines Zuschusses für Reihenhäuser hätten stattgefunden; es habe sich ergeben, daß der Staat das ganze Risiko bei Unternehmerbauten tragen sollte. Eine Erhöhung der Darlehen liege in naher Aussicht. Viel Siedlungsland werde noch zu Gärtnereizwecken benutzt. Härten bei der Wegnahme dieses Landes müsse man möglichst vermeiden. Es sei zu erwarten, daß in Bälde noch Land für 100 Siedlungen frei werde. — Frau Greve (Komm.) hebt die hohen Löhne der Siedler hervor und befürwortet größere Zuschüsse. Der Staat müsse selbst Wohnzuzug bauen. — Haut (Soz.) bittet die Vorrednerin, die Beschaffung der Mittel nicht zu verpassen. Die Handhabung der Praxis stimme in dieser Hinsicht bei den Kommunisten nicht überein. Wenn man das eine wolle, dürfe man das andere nicht unterlassen. Der Antrag Dinter sei völlig überflüssig, denn ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft habe an den Ausschuss-Verhandlungen teilgenommen und müsse wissen, das der Ausschuss die Bildung eines derartigen Ausschusses gebilligt habe. Das im Antrag Gebhard geforderte, auf das sich auch Frau Greve bezog, haben wir an der richtigen Stelle angebracht und unsere Bes

Wetter in der Finanzbehörde angemessen, diese Frage zu regeln. Wir stellen uns nicht hin und sagen zu den Karlsruher Gelehrten, das und das tun wir für Euch, sondern wenden uns gleich an die richtige Quelle. — K i e l (Rom.) betont, das betr. Erluchen hätte keine Präzision in der ersten Bürgerrechtsprüfung gestellt. — Dr. G e h a r d (Sp.) bestreitet nicht, daß die Kommunalen die erste Anrede gegeben hätten. Da der Finanzbehörde kein Verfügungsrecht mehr über das betr. Areal zustehe, fordere sein Erluchen, ein solches wieder zu schaffen. — D i n t e r (Abg.) freut sich über den gefunden Gedanken der Kommunalen über die Wohnungsnutzen. Die Stielungsbücher seien jedoch nicht dauerhaft. Man müsse an dauerliche Straßen bauen. — H e i l b o r n (Rom.) ist der Ansicht, daß die Ausgaben des Staates selbstständig gedeckt werden müßten, aber von den Besitzenden. Die Kapitalisten müßten die Steuern bezahlen. — R o s e n q u i s t (Abg.) definiert den Begriff Arbeiter. — K l e i n f e l d t (Soz.) wünscht endlich Verwirklichung der Pläne für das Wollmagazin. — B a u d i r e k t o r B a l k e r: Es handelt sich nur noch um eine Planänderung, die der Genehmigung bedarf. — Der Senatsantrag wird angenommen. Dr. G e h a r d zieht seinen Antrag zurück.

3. Antrag: Erhöhung der Tagelöhler für die von der Wasserungscommission bestellten Schaufüller. — Wird angenommen. 4. Antrag: Erneuerung einer Rette für die Weimarerstraße. — K i e l (Rom.) weist auf den schlechten Zustand der Straßensicherung hin und empfiehlt die Inbetriebnahme eines Motorbootes. — R o s e n q u i s t (Abg.) hält die Inbetriebnahme in den Senatsanträgen für zu niedrig, da die Materialpreise gewaltig gestiegen seien. — Senator Dr. S t o o k: Mit der angelegten Summe können wir aus. — K n a p p (Soz.): Die Straßensicherung würde heute im Winter für das Polizeiwesen geregelt. Eine Motorbootverbindung würde 200 000 M. kosten und die Einzelschiffahrt auf über 2 Mark erhöhen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Ueberprüfung der Schwartau. — K o k (Rom.) ist für den Antrag, will aber nicht, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge herangezogen wird. Dadurch werde andere Arbeiter der Verdienst weggenommen. — Senator Dr. S t o o k: Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll zur Herstellung des Fußweges verwendet werden. — B r a n d t (Sp.) fordert größeren finanziellen Zuschuß der beteiligten Industrien und stellt einen diesbezüglichen Antrag. — D r e g e r (Soz.) hält die Herstellung des Weges durch die produktive Arbeitsfürsorge für geboten. Das Verhalten der Kommunisten in dieser Frage sei bei deren ablehnendem Standpunkt gegenüber der produktiven Arbeitsfürsorge erklärlich. Der Redner erachtet, für die produktive Arbeitsfürsorge ein Scherlein beizusteuern, da sie es gerade in den letzten Monaten verstanden habe, Erwerbsbeschränkte und Invaliden zu beschäftigen, die in der Trikotindustrie nicht mehr unterkommen. Die produktive Arbeitsfürsorge habe dem Staat Erparungen gebracht und sich als eine Einrichtung erwiesen, die der Unterhaltung aller Volksgenossen würdig sei. — K n e u s e l d (Dem.) empfiehlt, dem Senat freie Hand zu lassen, einen höheren Aufschußzuschuß von der Industrie zu erhalten. — H a u t (Soz.): Die Kommunisten haben alles versucht, höhere Zuschüsse zu erhalten. Aber die Industrie ist auf diesem Gebiete recht zögerrig. Sie muß freiwillig mehr geben, zwingen kann sie niemand. Deshalb hat das Erluchen Neufuß gar keinen Zweck und ich bitte Sie, es abzulehnen. — Der Antrag B r a n d t auf Ueberweisung an einen Ausschuß wird abgelehnt, ebenso das Erluchen K n e u s e l d s. — Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag: Unterhaltung und Reinigung der Straßen in den Eielungen. — K e f (Soz.) verweist darauf, daß sich bereits die frühere Binnenschiffahrt mit diesem Antrag beschäftigt habe. Der neue Ausschuß schlage vor, die Vorlage mit dem Zusatz anzunehmen, nämlich für größere Verbesserungen das Material kostenlos und frei an Ort und Stelle vom Staate geliefert werde. — K l e i n f e l d t (Soz.) fragt, ob die Heimstätten-Gesellschaft auch unter dieses Gesetz falle. — B a u d i r e k t o r B a l k e r: Die Heimstätten-Gesellschaft hat ihre Stielungen selbstständig ausgebaut. Würde sie diese nach der neuen Form ausbauen, dann sollen sie unter dieses Gesetz fallen. — Frau G r e v e (Rom.) wendet sich dagegen, den Stielern noch größere Reparaturen an den Straßen aufzuerlegen. — K l e i n f e l d t (Soz.) ist der Ansicht, daß die Straßen in der Heimstätten-Gesellschaft denjenigen der anderen Eielungen entsprechen. — K e f (Soz.): Frau G r e v e war Mitglied dieser Kommission, könnte aber durch Abwesenheit, als diese Frage behandelt wurde. — Frau G r e v e (Rom.) erklärt, sie habe zu einer zweiten Sitzung keine Erlösung erhalten. — D i e t r i c h (Abg.) macht bekannt, daß die Stielern den Ausschluß anerkennen. — Der Antrag wird angenommen.

7. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Wache für das Wägen von Kesseln in Travemünde. — K o k (Rom.) lehnt diesen Antrag ab, da sich die Abgabe auf den Heringskonsum übertrage. — Der Senatsantrag wird angenommen. 8. Antrag: Umkehrung von Spritzenhäusern im eingemeindeten Gebiet. — K r i k M ö l l e r (Soz.) bemerkt den schlechten Aufenthalt der Spritzenhäuser in verschiedenen Landgemeinden. Bei Feuergefahr wurde dadurch das Leben gefährdet. Man wolle den Gemeinden keine Vorschriften machen, müßte aber doch für geeignetere Unterbringung der Spritzen sorgen. Die Feuerlöschbeden in den Eielungen seien unzureichend. Bieleicht seien sie ohne Wasser oder enthielten solches nur in unzureichendem Maße. — Senator M e h r l e i n: Die Spritzenunterbringung auf dem Lande ist Gemeindefache. Die Gemeinden haben sich bis heute nicht ergehen. Die Gemeinden haben ja auch ein Interesse daran, daß alles auf imstande ist. Die Vorschriften in den Eielungen, wie z. B. Brondendamm wurden von der Branddirektion von vornherein als ungewünscht erachtet. Gefahr besteht aber nirgends. Anschlag am Wasser ist in nächster Nähe vorhanden. Es werden nur etwa mehr Schlauchleitungen benötigt. — K e n t (Abg.) kritisiert die Feuerwehreinrichtungen in Krempelesdorf. Die Lübecker Feuerwehreinrichtung eher einseitiger als die Krempelesdorfer. Redner beantragt Ueberweisung an einen Ausschuß. — Senator M e h r l e i n: Die Krempelesdorfer Feuerwehreinrichtung ist musterhaft. Die Landfeuerwehren müßten sich im Interesse der Gemeinden von ihrer Aufgabe lösen. Auf Zwischenrufe von kommunistischer Seite über Paradenmärsche der Feuerwehren erklärte der Redner, daß man in einem geordneten Vorbeuge der Feuerwehren nichts Schlimmes herauszufinden könne. Eine Ausbreitung der Landfeuerwehren sei nur zu begrüßen. — K i e h e r t (Soz.) macht auf den Kesselsantrag Spritzenhausum in Vorwerk aufmerksam. — Der Senatsantrag wird angenommen.

9. Antrag: Nachtrag zum Gesetz, betreffend die Hundsteuer. — K a s k o h n (Soz.) weist auf die verhältnismäßig geringe Steuerleistung der Hundsteuer hin, hauptsächlich auch inwieweit auf die zu erwartenden höheren Schulgebühren. Als Luxussteuer könne man die Hundsteuer nicht bezeichnen, weil viele einen Hund als Nöthiger benötigten. Zu prüfen sei auch, ob Hundebesitzer auf dem Landgebiet bei Hunden von mehreren Hunden denselben Aufschlag zu zahlen hätten wie in der Stadt. Die Erhöhung der Gebühr von 3 auf 50 Mark bei verloren geangenen Hundemarken müsse erst besser begründet werden. Der § 11 der Vorlage bedürfte einer Änderung, als den Landgemeinden die Hundsteuer überlassen bleiben müsse. — Frau C a l t a t (Soz.) tritt für die Vorlage ein: Die Leute auf dem Lande könnten mit wenig Ausnahmen ebenso viel bezahlen wie die Städter. Für Hundebesitzer noch viel mehr. — D i e t r i c h (Abg.) bemerkt, daß die niederen Verfassungen wegen Uebertragung der Straßenordnung und Beförderung über die Höhe der Strafen. — Senator M e h r l e i n: Mir sind von der Finanzbehörde angemessen worden die Strafen der Gehentwertung anzunehmen. Das bedarf keiner besonderen Forderung. Die Polizeibehörden haben keine Anweisung, bei nicht rechtzeitiger Strafenreimigung zu machen. Nur wenn bis 3 Uhr morgens die Strafen nicht eingeleitet sind, erfolgt Strafe. Von anderer Seite werden wir aber gedrängt, auf frühzeitiger Reinigung zu dringen.

10. Antrag: Erhöhung der Gebühren für die Unterbringung von Dampfseifen. — Wird angenommen. 10a Antrag: Feuerföcherheit der Rathhauses. — K n a p p (Soz.) wünscht bei Vergabung der Arbeit einen Wettbewerb unter der hiesigen Konkurrenz, schon im Interesse der Erwerbslosen. — Senator M e h r l e i n: Soweit möglich, wird das hiesige Handwerk stets herangezogen. — K e h l e n (Abg.) macht auf ein neues System aufmerksam, auf das die schleswig-holsteinische Feuerversicherung 10 Prozent Rabatt gebe. Also müßte es doch gut sein und zudem könnten Lübecker Firmen die Arbeiten billiger ausführen. Redner beantragt Ausschüßberatung. — H a u t (Soz.): Es hat gar keinen Zweck, hier Klammern zu ziehen. Denn die Bürgerschaft kann gar nichts anderes tun als die Vorlage ablehnen. Erstens haben wir kein Geld und zweitens ist nicht verbürgt, ob die Sache auch wirkungsvoll ist. Es ist ja nachstehende Kontrolle im Rathhaus. — Senator M e h r l e i n: Ich halte den beantragten Feuerföcher für notwendig. Ueber das beste System liege in den Geldverhältnissen begründet und steige stark. Auch ein Wächter könne einen nützlichen Brand im Rathhaus nicht verhindern. — K o k (Rom.) verkennt den hohen Wert des Rathhauses nicht, glaubt aber, daß auch in Zukunft die Feuergefahr nicht größer sei. — R o s e n q u i s t (Abg.) ist davon überzeugt, daß auch hiesige Handwerker die Arbeit ausführen können. — Der Senatsantrag und der Antrag K e h l e n auf Ausschüßberatung werden abgelehnt.

11. Antrag: Verbesserung des Betriebes der Markbahn. — Frau Z i m m e r m a n n (Sp.) bringt einzelne Wünsche in bezug auf Wartehallen und Klammern vor. Auch die Vorschriften der Tarifgruppen bedürften einer Veränderung. Die Kassen der Linie müßte freieren Anschluß an die Pfaffenstraße haben. — W i r t h (Abg.) möchte die Linie 11 über die obere Wastraße nach dem Bahnhof geleitet werden. Die Festlegung der Fahrpreise sei nicht glücklich. Die kürzeren Straßen seien gegenüber den längeren zu teuer. Den Abendzuschlag sollte man auf 10 U. verlegen. — H a g e l s t e i n (Soz.) erachtet um nachmalige ernste Prüfung des Ausbaues der Straßenbahn von Künzich bis zum Dummersdorfer Weg. Dies sei um so notwendiger, als die Lübeck-Büchener Bahn vom 1. Februar ab für die einfache Fahrt nach Travemünde 10 M. fordere. Dadurch werde es den Minderbemittelten vollkommen unmöglich, den Bahnhof aufzulegen. Weiter bezeichnet der Redner die heutige Verbindungsgelenkigkeit auf der Lübeck-Büchener Bahn für beschämend. Man hofft immer vergeblich auf Abhilfe. Der Redner reicht folgenden Antrag Bed und Genoss ein: Die Bürgerschaft erachtet den Senat, nochmals zu prüfen, ob es sich in Anbetracht dessen, daß die Fahrpreise der Lübeck-Büchener Eisenbahn ab 1. 2. d. J. wiederum um 75 Prozent erhöht werden, und daß infolgedessen die weniger bemittelten Einwohner Lübecks den Verkehr nach Travemünde gänzlich einzustellen gezwungen sind, nicht doch noch ermöglichen läßt, die Elektrische Bahn bis zum Dummersdorfer Weg auszubauen. — S e k t i (Abg.) bedauert, daß die Klammern bei der Elektrischen nicht Lübecker Firmen übertragen wurde. Die hiesige Firma sei bei Gerichten unfruchtlich bekannt. — K e n t (Abg.) unterstützt den Antrag H a g e l s t e i n, schon im Interesse der Kinder. — Senator S t r a d geht auf die vorgebrachten Wünsche ein. Ein doppelter Verkehr der Markbahn rentiere sich heute nicht. Die Kosten für Wartehallen seien bis er zum Hauptteil von Interessenten aufgebracht worden. Die Anbringung der Klammern an den Wagen sei zu bedauern, aber die Einnahme von jährlich 300 000—400 000 Mark dafür könne der Staat nicht entbehren. Eine Hinausführung für Abendkarten mache die ganze erwartete Mehreinnahme illusorisch. Zu bedauern sei, daß damals die Elektrische nicht nach Travemünde geführt worden sei. Eine Weiterführung bis zum Dummersdorfer Weg werde kaum möglich sein. — S t e i n b e r g (Soz.) ist der Meinung, daß sich die Straßenbahnverwaltung die Klammern vorlegen lassen und sie einem Künstler unterbreiten müßte, damit auch das Wageninnere ein freundliches Bild erhalte. Jetzt seien die Wagen mit Schund verunziert wie man ihn selten zu Gesicht bekomme. In einer Stadt wie Lübeck sollte man so etwas nicht für möglich halten. Für das Seebad Travemünde sei viel Geld aufgewandt worden, deshalb sei auch eine Weiterführung der Elektrischen notwendig. Man darf so wenig wie beim Wohnungsbau darauf rechnen, daß die Sache billiger zu stehen komme, wenn man länger warte. Der Redner wünscht ferner zu erwägen, ob nicht eine Fahrplanänderung dahin notwendig sei, daß sich an einzelnen Haltestellen zu viele Richtungen auf einmal kreuzen. — Senator S t r a d hält das Zusammenlaufen der Wagen verschiedener Richtungen gerade für zweckmäßig, damit die Fahrgäste beim Umsteigen nicht zu warten brauchen. — W a p e (Abg.) wünscht eine spätere Verlegung erhöhter Fahrpreise. Man könne die Erhöhung aber auch Sonntags gebrauchen. Die Benutzung der Bahn sei weit größer, wenn man den Zuschlag später erhebe. Die Linien 14 und 15 sollte man möglichst wieder zum Bahnhof durchführen. — Der Senatsantrag wird angenommen. Ebenso das Erluchen H a g e l s t e i n s.

12. Antrag: Erhöhung der Wägen für das Personal der Lübecker Straßenbahn. — Wird angenommen. 13. Antrag: Erhöhung der Zahl der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses zur Durchsicht des Fischereigesetzes. — Wird angenommen. 14. Antrag: Nachbewilligung von Mitteln für die Frauengewerbeschule. — Dr. P i e t h (Soz.) verwendet sich für endliche Auszahlung der neuen Gehaltsätze für die Lehrkräfte an der Frauengewerbe- und anderen Schulen sowie an die Museumsangehörigen. Dies sei um so notwendiger, als deren Gehaltsätze niedriger seien und von Senator Dr. Vermehren versprochen worden sei, die erhöhten Gehälter zwischen Weihnachten und Neujahr auszubehalten. Das sei bis heute nicht geschehen. — S c h e r m e r (Soz.) geht auf die Neuorganisation im Lübecker Schulwesen ein. Schon vor drei Jahren habe die Bürgerschaft eine Änderung gefordert und während dieser Zeit habe sich die Bürgerschaft wiederholt mit 2/3 Mehrheit dafür eingesetzt. Aber die Oberbehörde habe noch nichts getan. Auch die Eielungsschule habe man erst um ein Jahr später eingeführt — und kann nur auf ersten

Nachdruck. Die Oberschulbehörde läßt die Frage der Selbstverwaltung unerörtert und bildet sich ein, daß Gras darüber wachsen solle. In anderen Staaten ist diese Frage längst gelöst. Wenn sie auch in Preußen noch nicht generell geregelt ist, so haben doch viele Städte nach dieser Richtung erfolgreich gewirkt. Die hiesige Lehrerschaft hat ihre Vorschläge schon vor drei Jahren überreicht, aber die Oberschulbehörde kümmert sich nicht darum, weil in ihrer Behörde die Räte regieren. Der Landeschulrat hat sich noch im Jahre 1916 für Erhaltung des alten Zustandes in der Schule ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Von unserem Landeschulrat haben wir also nichts zu erwarten. Wer keinen Bruch mit der Vergangenheit wünscht, muß auch keine Veränderungen treffen. Aber wir sind nicht bereit länger am Alten kleben zu bleiben und uns die Nichtbeachtung der Wünsche der Bürgerschaft gefallen zu lassen. Der Redner stellt den Antrag, der Bürgerschaft in Kürze eine Vorlage zu bringen, die sich mit der Selbstverwaltung der Schule und der Erziehung von Elternbeiträgen beschäftigt. Unter letzterem Zeit sei der 1. April gemeint. So lange soll auch die Besetzung der Rektorstelle in Travemünde ruhen. Soll der Volkstaat neu aufgebaut werden, muß man mit der Schule anfangen. Grundtägige Reformen im Schulwesen sind notwendig. — Frau G r e v e (Rom.) wundert sich über die Höhe der Zuschüsse und fordert Verstaatlichung aller Schulen. Sie lehne die Vorlage ab. — Senator K u l e n a m p ist der Ansicht, daß die Oberschulbehörde den Neuerungen nicht ablehnend gegenüberstehe. Sie braucht aber Zeit zur Durchführung. Der Landeschulrat stelle sich dem Fortschritt nicht entgegen. Manche Maßnahmen seien hier bereits durchgeführt. Eine Verstaatlichung der Frauengewerbeschule wünsche auch die Oberschulbehörde. — K e n t (Abg.) hält eine gewisse Selbstständigkeit der Lehrkräfte innerhalb der Schule für berechtigt. Die Auffassung über den Aufgabenkreis jedoch sei verschieden. Der Frage der Elternbeiträge stehe der Lehrerverein jetzt anders gegenüber als früher. — G e h o l d (Dem.) glaubt ebenfalls, daß der Lehrerverein mit der Ansicht Schermers nicht konform sei. Die Erfahrungen, die man in Hamburg gemacht habe, seien nicht besonders ermutigend. Man müsse organisch in das Neue hineinwachsen. — S c h e r m e r (Soz.) betont, der Lehrerverein wolle die Frage der Selbstverwaltung mit derjenigen über die Elternbeiträge gelöst wissen. Durch die Selbstverwaltung würden die Rektoren abgelehnt und das passe manchen Herren nicht. Die Verhältnisse in Hamburg hätten sich bald zugunsten der Neuerung geändert, so daß sowohl Selbstverwaltung wie Elternbeiträge fest verankert seien. Hier müsse scharf vorgegangen werden, denn die Taten des Landeschulrates bewiesen, daß er noch auf dem alten Standpunkt stehe und nichts hinzusetzen habe. Das Gesetz könne in kürzester Zeit geschaffen werden. Personal der Oberschulbehörde genügend 77 Verfügung. Auch die vorläufigen Dienstvorschriften müßten rechtzeitig werden. — Dr. K o k hält in Anbetracht der schwerwiegenden Fragen ein bedächtiges Vorgehen für notwendig. Die Linke habe nicht nur ein sachliches Interesse an der Neuerung, sondern ein parteipolitisches. — Redner beantragt Schluß der Debatte. — K e n t (Abg.) nimmt die Reklamen Keimpell und Schulmerich gegen von Schermer vorgebrachte Aeußerungen in Schutz. — Senator K u l e n a m p verteidigt die Oberschulbehörde. Weder sie noch die beiden Schulräte widerlegten sich notwendigen Änderungen. Des des Projekt müsse sorgfältig geprüft werden. — S c h e r m e r (Soz.) betont die bereitwillige Mitarbeit der Lehrerschaft, aber die Oberschulbehörde verlange nicht darnach. Den Vorwurf parteipolitischer Interessen weist der Redner zurück. Die Lehrerschaft, auch die nichtsozialistische, verlangt freie Verwaltung. — K i e l (Rom.) bezeichnet die Lübecker Oberschulbehörde als reaktionär. Auf Schulreformen werde man noch lange warten können. — S c h e r m e r bestreitet gegen die Reklamen Schulmerich und Keimpell abfällige gerücht zu haben. In Verbindung mit dem Lehrerverein werde recht schnell Erspießliches geleistet werden können. Wenn Schulräte an der Gewerbeschule eingeführt werden, müsse man doch wohl den Lehrern dasselbe Recht gewähren. — H a u t (Soz.) beantragt Schluß der Debatte. — Der Schlußantrag wird angenommen; ebenfalls der Senatsantrag. — Die Erluchen Schermers werden mit einfacher Mehrheit angenommen. Sie gehen an den Bürausauschüß.

15. Antrag: Betrag für das Auslandsinstitut in Stuttgart. — S t e i n b e r g (Soz.) glaubt, die Gelegenheit gehe das Reich an. Er beantragt Ausschüßberatung. — H e i l b o r n (Rom.) wünscht Auskunft über die Art der Tätigkeit. Im übrigen lehnt er die Vorlage ab. — Senator K u l e n a m p erklärt, das Institut unterstütze die Tätigkeit des deutschen Handels und schaffe Verbindung mit den Deutschen im Ausland. — W a p e (Abg.) tritt für den Antrag ein. Besser wäre es freilich, derartige Institute würden an der Wasserfront errichtet als in Süddeutschland. — Der Antrag S t e i n b e r g auf Ausschüßberatung wird angenommen.

Antrag von Dr. G e h a r d: Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft eine Vorlage zur Veränderung des Bürgerrechtswahlgesetzes vom 23. Mai 1920 entgegenzubringen, durch die in gleicher Weise, wie im Reichstagswahlgesetz, das Wahlgeheimnis gesichert wird. — Dr. G e h a r d glaubt, das Bürgerrechtswahlgesetz sei mit der heißen Nadel genäht worden. Die Bestimmungen seien nicht glücklich. Es müßte ein Gesetz geschaffen werden, das auch die Erfüllung der Wahlpflicht gewährleiste. Es müssen also Wahlsellen und ein amtliches Wahlbureau errichtet werden, damit Beschwerden sofort angebracht werden können. Im Wahlgesetz fehle auch die Bestimmung, daß die Auszählung der Stimmen öffentlich sein müsse. Auch eine Bestimmung müsse geschaffen werden, wer über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden habe. — H a u t (Soz.) stimmt dem Antrag zu, um einige Schönheitsfleden in dem Gesetz zu beseitigen. — Dr. K o k hält den Vorsitz der Bürgerschaft nicht für kompetent einen Gültigkeitsentscheid abzugeben. Redner stellt den Zusatzantrag, ein unparteiisches Wahlprüfungsgericht einzusetzen. — Der W o r t f ü h r e r gibt Mängel des Gesetzes zu; er habe die unangenehme Aufgabe gehabt, Entscheidungen über die Anwendung allein treffen zu müssen. — K l e i n (Dem.) stimmt dem Antrag G e h a r d zu und wünscht Prüfung nach allen Richtungen. Das Bürgerrechtswahlgesetz sollte sich möglichst dem Reichstagswahlrecht anschließen. — Die beiden Anträge werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Ein Erluchen, die Aufwandsentschädigungen der ländlichen Bürgerchaftsmitglieder, die die Eisenbahn benutzen müssen, auf 1000 Mark jährlich zu erhöhen, kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Der Antrag D i n t e r (Abg.) betr. Errichtung eines ständigen Ausschusses für das Bau- und Wohnungsweisen wird abgelehnt.

Auf Antrag H a u t (Soz.) wird um 10 Uhr die Sitzung vertagt.

Devisenkurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		
	23. Jan.	21. Jan.
Amsterdam	168 fl.	172.75
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	158.40
Kristiania	100 Kr.	326.75
Kopenhagen	100 Kr.	409.90
Stockholm	100 Kr.	581.90
Helsingfors	100 Finn. Mk.	581.60
Rom	100 Lire	87.10
London	1 £	861.60
New York	1 Doll.	2.40
Paris	100 Frs.	1628.35
Zürich	100 Frs.	306.60
Madrid	100 Pesetas	308.95
Wien	100 K.	5.73
Budapest	100 K.	29.62
Budapest	100 K.	37.60
		835.15

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 24. Januar.

Einen Schlitten muß ein Junge haben!

Einen Schlitten muß ein Junge haben!
Im Sommer mag er barfuß traben
Durch Gras und Ried.
Liegt aber im Winter Eis und Schnee,
Dann geh's mit Hurra hinunter die Höh'
Einen Schlitten muß ein Junge haben!

Gel, das ist ein Vergnügen,
Wie der Wind so geschwind dahinzustiegen!
Es knirscht der Schnee,
Der Schlitten läuft hinunter die Höh'
Und gleitet, hüllt über den See,
Einen Schlitten muß ein Junge haben!

Aber still sitzen und nicht wippen!
Sonst könnte, wupp! der Schlitten kippen,
Und du stenkst, o weh!
Mit der Nase im Schnee,
Und der Schlitten läuft hinunter die Höh',
Und es lachen alle Knaben. —
Einen Schlitten muß ein Junge haben!

E. Weber.

Aus der Bürgerschaft.

Wohnungs- und Siedlerfragen. — Aus dem Ressort des Polizeidirektors. — Straßenbahn. — Die schwerfällige Oberschulbehörde. — Wahlgesetz.

Das parlamentarische Leben pulsirte am Montag in der Bürgerschaft recht lebhaft. Waren es — außer bei dem Artikel: Oberschulbehörde — auch keine weitbewegenden Fragen, die im stehenden Redebüchlein erörtert wurden, so zeigte sich doch, daß der Mensch Wünsche recht viele hat. Schade, daß sie nicht alle in Erfüllung gehen können. Ginge es nach den Aufzeichnungen der Kommunisten, dann freilich würde sich die Geschichte einsehender abwickeln. Es kämen dann nur zwei Punkte in Betracht: fordern und ablehnen. Die Rechnung ist einfach und billig. Das erklärte Genosse Haut unseren Freunden von links kurz und bündig, als die prekäre Lage der Siedler angeschnitten wurde. Wenn das ehemalige liberale Markstück noch weiter den Berg hinabrollt und wenn die Interessentengruppen auf dem Baumaterialienmarkt ihre Briefstafeln noch mehr weiten, dann allerdings wird es bald ausgeleert sein. Auch der Staatsäckel fällt ohne Nachfüllung zusammen. Da ist guter Rat vonnöten. Trotzdem, eine kleine Erhöhung der Zuschußquote ist bereits erfolgt. Sie bleibt aber noch um die Hälfte hinter dem Notwendigsten zurück. Die Privatunternehmer sind auf Siedlungen nicht gut zu sprechen, aber bereit, ihre Kraft für Reihenhäuser zu verwenden, wenn der Staat das Risiko trägt. Das ist nicht viel, aber doch wenigstens ein Angebot! Und was für eins! Hier, bei den Wohnungs- und Siedlerfragen wie beim Zuschuß der Industrie zur Ueberbrückung der Schwartau verdrängten Arbeitsgemeinschaften, Volksparteiler und Kommunisten mit billigen Anträgen die praktische Arbeit der Sozialdemokratie in den Kommissionen zu unterstützen. Sie holten sich die verdiente Abfuhr. Die zum Protest gegen die Senatsdieneruniform in knallroter Bluse schillernde Frau Greve wollte sich bei den Siedlern in empfehlende Erinnerung bringen, mügte sich aber vom Genossen Bedlag lassen, daß sie die Gelegenheit zum Einwand im Ausschuß verpaßt habe. Das kommt bei dieser Fraktion nicht nur in Lübeck vor.

Es scheint überhaupt, daß die Kommunisten gegen jede schäfterne Wiederbelebung der Staatskasse sind. Sie lehnten auch

die Abgabe der Ringwadenfischer ab, obwohl diese dem Staate das Verlangte geben wollen. Selbst bei der Hundesteuer zeigten sie sich als Freunde der Tierwelt. Zwar hat auch — wie Genosse Caspary ausführte — die sozialdemokratische Fraktion noch verschiedenes an der Senatsvorlage auszusetzen, aber wenn man den Ausführungen Senator Mehlens aufmerksam gefolgt ist, dann wird die Schlussfolgerung von dem Antrage nicht weit weg sein. Eine gewaltige Hundevermehrung ist vorhanden, der Geldwert ist gesunken, mit den Steuermarken wird Schiebung getrieben, der Staat braucht Geld, also her damit, wer zum Vergnügen sich einen vierfüßigen Hausfreund hält. Es laufen einem viel zu viel von dieser Sorte zwischen den Beinen herum.

Dem Straßenbahnsenator wurden einige fromme Wünsche ins Ohr geblasen. Er ist gar nicht abgeneigt, sie zu erfüllen, soweit sie im Bereiche der Möglichkeit liegen. Er muß sein Ziel aber weiter stellen, wenn nicht eines Tages Lübeds Bevölkerung ungemütlich werden soll. Von wegen des schönen Städtchens Travemünde. Genosse Hagelstein legte den neuen Fahrpreis der Lübed-Büchener Bahn nach unserem Badeort auf den Tisch: 10 Mark für eine einfache Fahrt; macht für einen lumpigen Sonntagsausflug nach Travemünde für eine vierköpfige Familie retour achtzig Mark aus. Wenn hier keine Abhilfe geschaffen wird, dann kriegen wir das exklusive Seebad am Ostseestrand, nur für Schleber und Steuerbefraubenden, und die Lübecker bezahlen die Zeche. Den Per-pedes-Gang vergällen einem die Autosperren und Lübeds Bevölkerung verborrt zu Hause. Da ist die Mahnung des Genossen Steinberg wohl beherzigenswert, nicht weiter auf Verbilligung der Baukosten zu warten und sich eine Verlängerung der Strecke zu überlegen. Der Antrag Bed und Genossen gibt der Verwaltung Gelegenheit dazu.

Das ungemütlichste Kapitel wurde der Oberschulbehörde verlesen. Und mit Recht. Genosse Schermer legte die wunde Stelle bloß und wies auf das heutige Räteystem im Schulwesen hin, das außer der Titulatur absolut keine Begeisterung erwecken kann. Ach, begeistert sind auch die Reichsparteien von den selbstverständlichen Forderungen der Neuzeit nicht, warum soll es gerade der Landeschulrat sein? Wir erinnern uns noch einer seiner formvollendeten Reden vor vielen Jahren, in der er für die damalige Zeit großzügige Reformgedanken entwickelte und von den Vaterstädtischen unisono verleugnet wurde. Das gibt dem Herrn Landeschulrat aber durchaus keinen Grund, nun deswegen verschlüsselt zu sein und ein für allemal zu sagen: ich will nicht! Jetzt hat er freie Hand und willige Helfer, also nicht zaghaft und zugehakt. Die Verteidigung vom Senatssitz geht bald nicht mehr. Wir wollen Taten sehen! Daß die Deutschnationalen durch Prof. Dr. Roth den Sozialdemokraten parteipolitische Motive unterschieben liegen, nehmen wir loyalitätshalber nicht trumm. Wir kennen ja unsere Pappenheimer nicht erst seit gestern und wissen, wie es hinterm Busch ausschaut. Aber die demokratischen Bedenken des Herrn Caspary geben schon eher zu Bedenken Anlaß. Immer lachte, nur nicht anstößig, meine Herren!

Von den vier Anträgen aus der Mitte der Bürgerschaft kam nur noch derjenige Dr. Gehards zur Beratung. Er ist sachlich gehalten, wurde sachlich vertreten und mit einem Zusätze uns angenommen. Die Sozialdemokraten sind keine Unholden, und erkennbaren Verbesserungen immer zugänglich. Nach der Erfahrung sollte diese Selbstverständlichkeit eigentlich nicht besonders betont werden müssen.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe im Wohnungsbau.

Ein großzügiges Unternehmen für den Bau von Arbeiterwohnungen, das auch für weitere Kreise Interesse erwecken dürfte, leiten die freigewerkschaftlichen Verbände Hamburgs e. V. Einem im „Echo“ veröffentlichten Artikel entnehmen wir folgendes:

Hamburg hat für die Massen der am Hafen und auf den Werften beschäftigten Angestellten und Arbeiter nicht in ausreichendem Maße häusliches Gelände in der Nähe seiner größten Arbeitsstelle zur Verfügung. Im Jahre 1921 sind mit einem Staatszuschuß von über 200 Millionen Mark rund 3000 Wohnungen, in der Hauptsache in Barmbeck, vom Staate selbst am Dulsberg, von privaten Bauunternehmern und von den gemeinnützigen Bauvereinigungen in Angriff genommen worden, die zum größten Teil der Vollendung entgegengehen.

Durch den Bau von Wohnungen, die weit vom Hafen entfernt liegen, werden die Verkehrsmittel immer mehr belastet. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Ortskartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und die Betriebszentrale haben mit dem Bauhilfen-Betriebsverband „Nord“, G. m. b. H., Hamburg, dem Bezirksverband der lokalen Baubetriebe, den Entschluß gefaßt, auf Staats- und Privatgrund in Niendorf, Barmbeck und auf der Veddel durch zu gründende gemeinnützige Bauvereinigungen aus Gewerkschaftsmitteln den Wohnungsbau in großzügiger Weise zu fördern. Vorprojekte für Hunderte von 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen sind ausgearbeitet und den Behörden zur Genehmigung vorgelegt. Nach Einräumung einer Anzahl der ausgefüllten Beitrittserklärungen wird zur Gründung gemeinnütziger Bauvereinigungen hiesiger Gewerkschaften geschritten werden.

Die Bauvereinigungen werden Eigentümer der Gebäude, deren Verwaltung und Instandhaltung sie selbst durchzuführen haben. Wir kommen dadurch unserer Ziele näher, die mit dem Gesetze der Allgemeinheit errichteten Wohnungen gemeinwirtschaftlich in gemeinnütziger Weise zu verwalten. Es ist klar, daß ohne eigenes Kapital derartige Unternehmen in unserer kapitalistischen Epoche nachläufig nicht möglich sind; deshalb müssen die Mitglieder der Bauvereinigungen, je nach Größe der ihnen anfallenden Wohnung, für jeden Quadratmeter Wohnfläche 50 Mk. aufbringen. Diese Kapitalien werden zu Anzahlungen für den Erwerb des Grund und Bodens, der Baupläne usw. verwendet, sie werden durch die Mieten verzinst und gehören zum rentierliche Wert der bebauten Grundstücke. Die Wohnungsmieten werden von der hiesigen Bauvereinigungsstelle festschickt und betragen zurzeit pro Quadratmeter Wohnfläche 22 Mk. bis 24 Mk. Es stellt sich demnach für eine 2-Zimmerwohnung von 55 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche die Miete auf 1210 Mk. bis 1320 Mk., für eine 3-Zimmerwohnung von 75 bis 80 Quadratmeter Wohnfläche auf 1650 Mk. bis 1780 Mk. Der durch Genossen Caspary angetragene Zuschußbetrag für die oben erwähnte 2-Zimmerwohnung macht 2750 Mk. bis 3000 Mk., für die 3-Zimmerwohnung 3750 Mk. bis 4000 Mk. aus. Es können nur solche Mittel aufgenommen werden, die obige Genossenschaftsanteile voll einzahlen können, da der Staat nicht alle Mittel allein aufbringen kann. Auf diesem Wege sollen gute, solide Wohnungen in großzügiger Weise erbaut und genossenschaftlich verwaltet werden.

Auswanderung nach Südamerika? Zu dem von uns bereits kritisierten Vortrag Lihmanns schreibt uns ein Leser unteres Blattes: „Meiner Reise in Südamerika und die Stellung der Auslandsdeutschen“ war die lebende Anpreisung eines Vortrages, den General Lihmann am Freitagabend im Hofsaal des Kaiserhofes hielt. Die Anziehungskraft, welche die Person des Vortragenden und das höchstaktuelle Thema ausübten, bewirkte denn auch, daß die Aula bald überfüllt war. Leider aber, wie es so oft ist, auch „der freißende Berg eine Maus“. Der Vortragende beschränkte sich auf die eingehende Schilderung glänzender Feste und patriotischer Feiern, die ihm als Vertreter des deutschen Heeres, als krieglichem Heerführer und als Vortragsreisenden von den deutschen Landesleuten und den sentimentalen Hispano-Amerikanern dargebracht wurden, wobei er besonders rühmend und für uns beschämend hervorheben zu müssen glaubte die vaterländische Gesinnung und Treue der Auslandsdeutschen, als deren rührenden Beweis er das Festhalten an der schwarz-weißen Fahne und die auch unter uns atarrische „Kaiserbildkreuzer“ anführte. Einer klärenden Zwischenfall verurteilte die mit innerer Genugtuung vorgebrachte Geschichte vor einem Kaiserbild, das ein Gastwirt in Argentinien während der Zeit der kriegerischen Unruhen vorwärtskalber aus dem Gastzimmer entfernt hatte, woraufhin eine Abordnung argentinischer

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

10. Fortsetzung.

Margret schwieg.
„Habt Ihr keine Wünsche mehr?“
„Da hinterm Rauchfang liegt noch eine alte,“ sagte sie.
„Ei, so wären wir ja fertig; wollt Ihr morgen mit mir den Teufelcamp entlang gehen?“
„Herr, ich bin eine alte Frau und das Gehen wird mir schwer.“
„Aber es soll Euch Schade nicht sein; ein Zehntel, ein Fünftel wollt Ihr haben.“
„Ew. Gnaden, Ihr braucht kein Geld, und ich hab's gerade auch so nötig nicht. Laßt den Schatzgräber gehen, wie er fertig wird.“
„Ihr wollt nicht, Frau Fahrstein?“
„Herr, man kann dabei auf allerhand Dinge stoßen und etwas anderes finden, als wonach man ausgegangen ist. Laßt's unterwegs.“
„Frau Fahrstein haspelte schweigend weiter und Herr von Driesch schaute in unheimlicher Stimmung und mißvergnügt die Schatten an, die über die Wand flogen; es war so still in der kleinen Küche, daß jeder aus der Holzstamme sprühende Funken wie ein lauter Schall hineintönte.“
„Margret“, fragte der Gutsherr nach einer Weile, „wist Ihr nicht ein Mittel, sich unsichtbar zu machen? Dann könnte man's immer wagen!“
„Was meint Ihr, was ich wär, Ew. Gnaden?“ fuhr Margret auf.
„Eine Kreuzbrave Frau, die lange gelebt und die Augen offen gehalten hat. Dann lernt sie manches.“
„Wist Ihr, was dazu gehört, sich unsichtbar zu machen?“
„Nein, Margret, beschahst frag' ich.“
„So will ich's Euch sagen. Ihr müßt —“ sie stockte einen Augenblick, dann sagte sie sich und sprach leise weiter: „Ihr müßt fehen Herzen von ungeborenen Kindern essen; die müßt ihr gemacht haben, nur ja, das freilich, sonst könntet Ihr's nicht, aber die Kinder müssen eure eignen sein.“
„Der Gutsherr winkerte mit den Augen, wie ein schlaftrücker Raubvogel; dann schüttelte er sich und rüdte seinen Stuhl einen halben Schritt vor Margret weiter fort.“
„Man kann auch nehenbei sich ein Mittel machen, darin man nicht in ein Haus gehen will, daß niemand darin aus dem Schlafe aufwachen kann, so lange man will. Man braucht nur ein Stück von einer der Rinderleichen zusammenzuschmelzen und eine Kerze daraus zu gießen; so lange die brennt, wacht niemand.“
„Was man dabei sagen muß, sind wunderliche Worte; aber ich habe mich nie um solche gestohle Dinge viel gekümmert.“
„Margret warf einen verstohlenen pfiffigen Blick auf den

Gesicht zu wenden. „Selbsthafter Satan!“ murmelte er. Margret bremte immerzu ruhig ihren Hapsel um; durch den Kreis, den keine Schwingungen beschreiben, schaute ihr keltames, martiertes Gesicht und die blauen Augen lugten bohrend hindurch. Von Zeit zu Zeit knaete die hölzerne Feder, um das Zeichen zu geben.

Der Gutsherr mußte sie unverwandt anschauen; ihre Züge wurden ihm immer unheimlicher, ihr Gesicht, deutete ihn, verzerrte sich; die Augen taten immer größer, immer quackilberantia lebendiger hervor; ihm schielte — ja wahrhaftig, sie gingen jetzt an, sich, ebenso wie der Hapsel, in ihren Höhlen herumzudrehen. Er stemmte beide Arme auf seine Knie und legte sich mit vorgebeugtem Oberkörper darauf; es war ihm zumute, wie einem armen Vogel, den eine Klapperkralche mit ihren Klauen fängt. — „Hinter den Augen hat der Teufel keine Laßkerze angezündet,“ flüsterte er. Der Hapsel knaete. — „Ja, fletsch du nur mit deinen Zähnen!“ murmelte Herr von Driesch. „Jetzt — o Herr Gott! — jetzt fing ihr ganzes Gesicht an, sich mit den freißenden Garnfäden in die Runde zu drehen.“

„Was willst du, Lene?“ sagte Margret ruhig zu der eintretenden Magd.

„Frau Fahrstein, es geht ein fremder Mensch ums Haus her; erst hand er eine Weile auf der Mühlenbrücke still und jetzt ist er unter die Kastanienbäume gegangen,“ sagte Lene schüchtern.

„So laßt den Räder Ew. Gnaden ihm aufpassen!“ Mit diesen Worten hob Margret ihr Gesicht zu Lene in die Höhe und damit war auch der Zauber verschwunden, der Herr von Driesch gefesselt hielt.

„Hui!“ rief er aus, sprang auf und schüttelte sich. Dann brach er in ein unmäßiges Gelächter über sich selber aus.

„Lorheit ohne Ende!“ sagte er für sich; „das war der Wille wert! ein altes Weibergericht!“ Na, am Teufelcamp wird's auch nicht schlimmer sein. Lene, jünde mal die Laterne an. Soll mich der Teufel holen, wenn ich je wieder mich fürchten will!“

Er ging hinaus und kam gleich darauf zurück, im Oberrock, einen schweren Hirschfänger an der Seite. Dann zog er an Feuer keine Stulpschiffel in die Höhe und nahm die Laterne.

„Wollt Ihr gehen, Ew. Gnaden? die Nacht ist niemand's Freund!“

„Ei was, Alte, bleibet Ihr nur ruhig hier am Feuer sitzen, dann wird's draußen schon sicher sein.“

„Lene sagt, ein fremder Mensch treibe sich ums Haus her.“

„So, ist er da? desto besser; dann können wir zusammen durchs Holz gehen. Nun, mit Gott, Alte; sollt Euch wundern, was ich heimbringe.“

„Es mich viel sein“, sagte Margret, als er ans der Tür war, und konnte dann Lene hinauf, um Bernhardt herunter zu rufen, mit dem sie einige Worte wechselte und der dann gleichfalls Anfälle zum Ausgehen machte.

Als Herr von Driesch vor den Toren seines Gutes stand, war alles still. Die Nacht war nicht gerade klarer, aber doch spürlich

auf und ab und hielt die Laterne hoch, um sie weiterleuchten zu lassen; aber niemand war da als ein Nachtvogel, der durch die Kastanienzweige am andern Ufer schob. Endlich glaubte er eine Gestalt aus dem Schatten der Mühle treten zu sehen; ja, ein leiser Wisch tönte daher; dann ging sie langsam auf die Wiesfläche hinab, die jenseits an den Wald stieß, hinter dem der Teufelcamp lag. In der Ferne bestete ein Hund. Herr von Driesch stand eine Weile still. „Ich könnte es vor Kind und Kindeskind nicht verantworten, wenn ich die Gelegenheit in der Wind schlug, sagte er darauf; in dem Busch wird auch nicht mehr sein, als der Tage drin ist. Dummer Schna! Altwelbergeschwätz. Geh ritterlich drauf los, Säuberlicher! Heh, Karo, du kannst mit marschieren!“'s ist doch etwas.

Er ging rasch in den inneren Hof zurück und häfelte Karo, einen dicken, zottigen Siebenschläfer, von seiner Kette los; der Rabe wollte ihm anfangs nicht folgen und, als er ihn am Halsband zerrte, schnappte er knurrend nach seiner Hand.

„Verfluchte Bestie!“ Ein paar heftige Tritte mit dem Stiefelabsatz brachten ihn zum Gehorham; er trabte nun dicht hinter den Heren seines Herrn her, die weit auszubreiten begannen, und über die Wiesentränke, so rasch es der moorige und weiche Boden erlaubte, dem Walde zutreiben. Am Saume desselben angekommen, hielt Herr von Driesch wieder ein; er hob die Laterne in die Höhe und spähte rechts und links in den Wald hinein; nichts als hohe, graue Eichenstämme, auf deren unterer Hälfte der gelbe Lichtschein zitterte. Nun wurde die Leuchte geöffnet, der Docht der Kerze vorstichtig mit den Fingern geschneuzt, und Herr von Driesch schritt, mit glänzenden Pfaffen, die zusammengekommen eine damals moderne Opernarie vorstellten sollten, in den Wald hinein. Karo mit gekentem Haupte baumelnden Ohren und den Schwanz zwischen die Beine ziehend, dicht hinter ihm.

Der Abfall mehrere Raubgenerationen, der den Fußpfad nach dem Teufelcamp bedeckte, raschelte unter seinen Füßen; hier und da knaete ein zertretener dürre Zweig auf; zuweilen ein leises Witzregen oben in den Ästen, das ihm ein gelbes Blatt auf das Dach der Laterne warf oder ein morsches Reis, das knisternd abbrach und ihm zur Seite niederfiel; das schien alles zu sein, was der Wald für die Nacht an Ereignissen habe. Nur einmal war Herr von Driesch erschrocken zusammenzuckend; aber es war nur eine Gule, die dicht an seiner Nase vorbeischnurrte.

Er war schon über halb Weg durch den Wald und jetzt etwa zehn Minuten von Behdenburg entfernt, als Karo stehen blieb, den Kopf hob und rechts und links hin etre Bewegung machte, als witterte er etwas.

„Was hast du, Karo?“

Der Hund knurrte. „Es mich ein Vogel sein oder so etwas.“ sagte Herr von Driesch, streckte aber die Leuchte weit vor, loderte keinen Hirschfänger in der Scheide und ging, indem er nach allen Seiten umschaute, mit so langen Schritten als er sie nur machen konnte, leise und behutsam weiter.

